

Ökostrom Die Mehrheit der Deutschen befürwortet erneuerbare Energien. Doch wenn es um die konkrete Umsetzung von Projekten geht, hört es mit der Zustimmung bei vielen wieder auf. Häufiger Stein der Anstoßes: Windräder und Hochspannungsleitungen.

Professor Kühne:
„Kommt etwas Neues,
wird das als
störend empfunden“

Über den vielfachen Widerstand beim Bau von Windrädern und Solarparks hat SZ-Redakteur Thomas Schäfer mit Olaf Kühne (Foto: SZ), Professor für Nachhaltigkeitswissenschaft an der Saar-Uni, gesprochen.

Herr Kühne, Ökostrom findet (fast) jeder gut, aber (fast) niemand will Windräder, Solarparks oder Stromleitungen in der Nachbarschaft. Warum ist das so?

Kühne: Ein wichtiger Grund ist die Ästhetik. Wir haben uns an eine bestimmte Art von Landschaft gewöhnt. Kommt etwas Neues, wird das als störend empfunden. Doch wir wissen aus Studien, dass – sobald es gewisse Dinge gibt – sie die nachwachsende Generation überhaupt nicht mehr stören. Da gibt es 1000 Beispiele.



Olaf Kühne

Können Sie ein Beispiel nennen?

Kühne: Bei einer Untersuchung in Bayern ging es um eine Ziegelei. Als diese vor rund 100 Jahren gebaut wurde, ist der Heimatverein Sturm gelaufen. Als sie kürzlich abgerissen werden sollte, hat der Verein wieder protestiert. Der Schornstein sei eine Landmarke und biete Schutz für Fledermäuse. Dies zeigt die Relativität ästhetischer Präferenzen. Gut möglich, dass in 100 Jahren Windräder unter Denkmalschutz gestellt werden, weil man befürchtet, dass ein Stück Heimat verlorengeht.

Kritiker sagen, Windräder verschandeln nicht nur die Landschaft, sondern sind laut und für Tiere gefährlich. Was entgegnen Sie?

Kühne: Dass wir schon sehr viele problematischere Dinge hinter uns gebracht haben. Viele Saarländer werden sich noch mit Grausen an Gestank und Dreck der Hochöfen erinnern. In Sachen Natur- und Lärmschutz gibt es aus meiner Sicht keinen Diskussionsbedarf, diese Dinge sind rechtlich eindeutig geregelt. Zum Beispiel muss ein Windrad mindestens 750 Meter von einer Siedlung entfernt gebaut werden.

Der Widerstand ist problematisch?

Kühne: Wir werden nicht umhinkommen, Windräder aufzubauen, wenn wir die Energieversorgung stärker auf erneuerbare Energien ausrichten wollen.

Es muss ein Umdenken stattfinden?

Kühne: Man wird sich daran gewöhnen. So wie man akzeptiert hat, dass überall im Land Starkstromleitungen stehen, die vor über 50 Jahren gebaut wurden.

Doch es wird weiter Widerstand geben. Sehen Sie einen Ausweg?

Kühne: Wenn Anlagen verstärkt auf gemeindeeigenen Grundstücken errichtet würden und die Kommunen neben der Gewerbesteuer Pacht einnehmen könnten, um mit dem Geld Schwimmbäder und Sporthallen zu erhalten, würde das die Akzeptanz sicherlich enorm steigern.



Um den Ökostrom zu den Verbrauchern zu bringen, müssen in den nächsten Jahren zahlreiche neue Hochspannungsleitungen gebaut werden. Bei vielen Bürgern weckt dies Widerstand. Foto: ddp

Von dpa-Mitarbeiter
Georg Ismar

Windräder heißen im Volksmund auch Vogelschredder. Umweltschützer brandmarken sie als Todesfallen für Milane, Seeadler oder die Wiesenweihe. Bilder von zerfetzten Seeadlern förderten nicht das Image für den grünen Strom. Das Bundesumweltministerium wollte es ganz genau wissen und stellte seit 2007 rund eine Million Euro für ein Forschungsvorhaben zur Verfügung, das nun abgeschlossen ist. Die nackten Statistiken zeigen, dass in den vergangenen Jahren 146 Rotmilane, 163 Mäusebussarde, 25 Wintergoldhähnchen, 87 Tauben und 30 Stockenten tot unter deutschen Windrädern lagen. Das ist erstmal nicht so viel. Doch sagt man Umweltschützern, das Probleme werde dramatisiert, ist der Aufschrei groß. So gebe es schließlich keinen Zwang zur Meldung von „Schlagopfern“ und die Windanlagenbetreiber würden Fälle vertuschen, wird erwidert. Die Dunkelziffer sei enorm.

„In Deutschland leben 60 Prozent des Weltbestands der seltenen Rotmilane“, sagt Projektleiter Hermann Hötter vom Michael-Otto-Instituts des Nabu. Das seien nur noch etwas mehr als 10 000 Paare. Klar sei zwar, dass keine Vogelart durch Windräder akut in ihrem Überleben gefährdet sei. Aber es gebe ein paar Maßnahmen, die das Risiko mindern könnten, etwa ein ausreichender Abstand von den Horsten und der Verzicht auf das Mähen zwischen den Windanlagen. „Dann verlieren zum Beispiel Hamster nicht die Deckung und sind besser vor Greifvögeln ge-



Zwar sterben immer wieder Vögel durch Kollisionen mit Windrädern, ein flächendeckendes Phänomen ist es aber wohl nicht. Foto: dpa

schützt.“ Man müsse die Nahrungssituation rund um Windanlagen „möglichst unattraktiv“ gestalten.

Das Haus von Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) sieht die Sorgen der Naturschützer mit der Statistik entkräftet. Höhe, Mastgestaltung und Anzahl der Windräder seien für Greifvögel bisher anscheinend keine erhebliche Gefahr, bilanziert ein Sprecher die Ergebnisse. Im Ministerium dürfte man erleichtert sein, soll der Windstrom

doch eine der tragenden Säulen der grünen Energiezukunft werden. Der Präsident des Bundesverbands Windenergie, Hermann Albers, betont: „Erfahrungen aus der Windenergiebetreiberpraxis legen den Schluss nahe, dass Windräder keinen bestandsgefährdenden Einfluss auf Greifvögel haben.“

In Deutschland sterben die meisten Vögel eher, weil sie gegen Gebäude oder Autos fliegen oder von Katzen gefressen werden. Tobias Dürr, der beim brand-

enburgischen Landesamt für Umwelt die „Zentrale Fundkartei über Anflugopfer an Windenergieanlagen (WEA)“ führt, meint aber, dass in anderen Ländern mehr für den Vogelschutz getan werde. In Deutschland scheue man sich davor, auch wenn die EU-Kommission seit 2007 fordert, das Ausmaß unbeabsichtigter Tötungen etwa von Fledermäusen unter anderem an Windrädern zu überwachen.

Abgesehen von einer schwachen Marktentwicklung sind die

Ergebnisse der Untersuchung durch das Ministerium für die Windbranche die zweite gute Nachricht binnen weniger Wochen. In mehreren Regionen verhindert die Bundeswehr derzeit den Bau von neuen Windrädern, weil diese Radarsysteme stören würden. Das Verwaltungsgericht Hannover erlaubte per Eilbeschluss Ende 2010 gegen den Willen der Bundeswehr die Errichtung dreier Windanlagen bei Bad Pyrmont – ein Urteil, das durch- aus Signalwirkung haben könnte.

Oben oder unten – Ärger um Hochspannungsleitungen

Deutschland baut auf erneuerbare Energien. Damit der Strom etwa von Windanlagen in der Nordsee fließen kann, braucht es jedoch vielerorts neue Hochspannungsleitungen. Dagegen wehren sich betroffene Gemeinden.

Bad Gandersheim. Sturm und Regen können den etwa 70 Aufrechten nichts anhaben an diesem nasskalten Morgen. Sie stehen Spalier vor dem „Event-Zentrum“ in Bad Gandersheim. Gelbe Pfeile tragen sie wie Waffen in der Hand. Die Streiter für die unterirdische Verlegung der geplanten neuen Hochspannungsleitungen erwarten den niedersächsischen Agrarminister Gert Lindemann (CDU). In Niedersachsen tobt der Konflikt derzeit besonders heftig. Mehrere neue Stromtrassen sind in Planung. Sie sollen den Strom, der künftig verstärkt von Windenergieanlagen in der Nordsee hergestellt wird, nach Süddeutschland leiten.

Bisher enthält das Bundesgesetz keine Verpflichtung zu Erdverkabelung. Ein Reformentwurf

sieht eine Erdverkabelung vor, wenn der Abstand von 400 Metern zur Wohnbebauung unterschritten wird. Dies reicht vielen Bürgerinitiativen jedoch nicht, auch nicht in Bad Gandersheim. Als Lindemann wenig später zu den Demonstranten kommt, entwickelt sich ein kurzes Gespräch, und der Minister sagt eine „sorgfältige Prüfung“ zu.

Die 70 Demonstranten stünden für die ganze Region, ihre Sorgen und Ängste, sagen die Vertreter der Bürgerinitiative. Die gesamte 380-Kilovolt-Leitung müsse unter die Erde, von Wahle bei Peine bis Mecklar in Hessen – das sind 190 Kilometer. „Jeder weiß, dass die Strahlen krebserzeugend sein können“, sagt Bad Gandersheims Bürgermeister Heinz-Gerhard Ehmen. „Ab in die Erde“ lautet deshalb der Titel der Bürgerinitiative, der gelbe Pfeil soll die Botschaft unterstreichen.

Doch ganz so einfach ist die Antwort auf die Probleme nicht. Es stimmt nicht, dass die Bad Gandersheimer geschlossen für die Erdverkabelung der gesamten Strecke wären. Dies wird bei einer Landvolkversammlung deutlich. Die Kabelstränge müssten nämlich in bis zu 15 Meter breiten Gräben vergraben werden. Und das hätte für die Bauern Folgen, sagt Landvolk-Kreisvorsitzender Siegfried Sander: unterbrochene Grundwasserströme, Pflanzausfall durch die Erwärmung der Erde um die Kabel, steigende Bodenpreise wegen der Ersatzflächen für Naturschutz.

Minister Lindemann weiß auch noch keinen Rat. „Sicher ist derzeit nur eines“, sagt er den Landwirten: „Der Ökostrom von der Nordsee muss in den Süden. Und über das Internet können wir ihn leider nicht transportieren.“ kw

Anzeige

Fühlt sich echt gut an.
Qualität, die sicher unter die Haut geht.

Verkaufsoffener Sonntag
Rehlingen: 13. Februar 2011
13.00 bis 18.00 Uhr

Gesunde Grüße aus der Heimat von C. Flasche & Söhne.

Flasche Sitzmöbel sind jederzeit brandaktuell. Echte Klassiker, seit 75 Jahren. Mit dem unverwechselbarem „Made in Saarland“. Hergestellt in liebevoller Handarbeit emissions- und schadstoffarm an FCKW, PCP und Formaldehyd. Ohne Umwege, direkt von hier: 1a-Qualität der Materialien, ausgesucht, feinste Stoffe und beste Verarbeitung. Für ein natürlich, gutes Sitz-Gefühl, z.B. bei **CENTO** (260 cm lang) - **Maßarbeit für ehrliche 1.342.-** in Stoff JAB Palano, wahlweise in 24 Farben.

Flasche mit dem Frischesiegel gibt's nur bei Flasche: www.c-flasche.de



C. Flasche & Söhne
Polstermöbel-Manufaktur

66780 Rehlingen, Südstr. 4, Tel. 06835/9212-0 · 54290 Trier, An der Römerbrücke, Tel. 0651/9940680